

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/13233 –**

Verbesserung der Rahmenbedingungen für deutsche Vertreter in internationalen normgebenden Institutionen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, die Ausgaben für die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen an Normgebungsverfahren zu erhöhen, um die Präsenz deutscher Teilnehmer in den internationalen Normgebungsgremien zu verstärken. Der informelle Einfluss auf technische Abstimmungen in neuen zukunftsrelevanten Themengebieten wie Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz solle erhöht und der Einfluss bei bereits bestehenden Themengebieten weiter aufrechterhalten werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/13233 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Sebastian Roloff
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Sebastian Roloff

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/13233** wurde in der 191. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Oktober 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verkehrsausschuss und an den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt fest, dass Normung und Standardisierung weltweit zunehmend an Bedeutung gewinnen und immer stärker als industrielle und geopolitische Instrumente genutzt würden. Vor allem auf internationaler Ebene würden Normen und Standards maßgeblich dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder zu sichern und deren technologische Führungsposition zu stärken. Die Europäische Kommission habe bereits eine umfassende Strategie zur Normung und Standardisierung verabschiedet, die auf den globalen Wettbewerb ziele und Europa dabei helfen solle, die wirtschaftliche und technologische Souveränität zu wahren. Mit dem Ziel, mit Hilfe von Normung und Standardisierung Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken und die Erschließung regionaler und globaler Märkte zu fördern, sei bereits im Jahr 2016 die Normungsstrategie durch das Deutsche Institut für Normung (DIN) verabschiedet worden. Weiter stellt die Fraktion der AfD in ihrem Antrag fest, für die deutsche Volkswirtschaft sei das Setzen von Normen und Standards mit einem hohen volkswirtschaftlichen Nutzen verbunden, der auf 0,81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr geschätzt werde. Unternehmen könnten durch ihre Beteiligung an der Entwicklung von Produktnormen und Industriestandards von einer verkürzten Produktentwicklung, beschleunigter Produkteinführung und kostengünstigeren Etablierung der gefertigten Produkte und Dienstleistungen am Markt profitieren. Kleine und mittlere Unternehmen hätten jedoch oft keine oder keine ausreichenden Kapazitäten, um sich in Normungsgremien national und international entsprechend einbringen zu können.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Ausgaben für die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen an Normgebungsverfahren durch eine Finanzhilfe von insgesamt 70 Millionen Euro zu fördern. Diese Finanzhilfe solle vor allem dafür verwendet werden, die Präsenz deutscher Teilnehmer in den internationalen Normgebungsgremien zu verstärken und den Einfluss auf relevante technische und zukunftsweisende Themenbereiche wie Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz zu steigern sowie den Einfluss bei bereits bestehenden Themengebieten aufrechtzuerhalten. Dies solle dadurch erreicht werden, indem Sekretariate von Ausschüssen in europäischen und internationalen Normgebungsinstitutionen unterhalten, der Vorsitz von Ausschüssen gestellt und die Ausschusssitzungen entsprechend dieser Ausrichtung durchgeführt werden. Zudem solle die weitere Digitalisierung von Normungsprozessen vorangetrieben werden, um eine schnellere und effizientere Umsetzung von Normen zu gewährleisten und Ressourcen zu schonen. Auf die weiteren Forderungen im Antrag wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/13233 in seiner 119. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/13233 in seiner 92. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/13233 in seiner 85. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/13233 in seiner 73. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/13233 in seiner 83. Sitzung am 16. Oktober 2024 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** hob hervor, die Bundesregierung habe in den letzten Jahren die Themen Normen und Standardisierung vernachlässigt. Normung und Standardisierung würden für Deutschland auch aus strategischer und wettbewerbspolitischer Sicht immer wichtiger, auch um Wettbewerbsvorteile zu generieren. Wer in diesen Bereichen den Standard setze, bestimme die Entwicklung von Zukunftstechnologien für Wirtschaft und Gesellschaft. Der wirtschaftliche Nutzen von Normung und Standardisierung werde auf ungefähr 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzt und trage zu rund 30 Prozent zum Wirtschaftswachstum bei. Nach Auffassung der Fraktion der AfD müssten die Themen Normung und Standardisierung dringend durch die Bundesregierung aufgegriffen werden, um für deutsche Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu generieren.

Die **Fraktion der SPD** führte unter Hinweis auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 5. März 2024 aus, dass zwar einerseits die Stellung der Normierungsinstitute geschwächt worden sei. Andererseits komme dieses Urteil gerade den kleinen und mittleren Unternehmen entgegen, indem die Kosten für die europaweite Normierung reduziert und damit die Markteintrittshürden gesenkt würden. Die Kosten für kleine und mittlere Unternehmen zur Einbringung in den Normierungsprozess seien gegenwärtig überdurchschnittlich hoch. Hier müsse gezielter, auch durch einen höheren Einsatz von Mitteln, gegengesteuert werden. Die Fraktion der SPD stelle sich die Frage, ob es ein Konzept für eine Reform gebe, das mitunter auch die Schaffung einer europäischen Normungsbehörde vorsehe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob die Bedeutung von Normung und Standardisierung hervor. Diese Themen würden durch die internationalen Wirtschaftsakteure, beispielsweise durch China, zunehmend auch als Marktinstrument genutzt. Die Fraktion der CDU/CSU befürworte vor diesem Hintergrund den Ansatz einer europäischen Normungspolitik durch eine Europäische Normungsstrategie. Es sei notwendig, dass sich die Bundesregierung in diesen europäischen Prozess einbringe und den gesamteuropäischen Ansatz im Bereich der Normung und Standardisierung stärke. Zudem müsse eine Harmonisierung im Bereich der Normung und Standardisierung für kleine und mittlere Unternehmen und große Unternehmen herbeigeführt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob unter Hinweis auf eine Studie des VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau) zu chinesischen Subventionen im Industriebereich Maschinenbau hervor, dass China die Entwicklung von Normen zur Stärkung der Industrie stark subventioniere. Vor diesem Hintergrund seien die Themen Normung und Standardisierung wirtschaftlich von Bedeutung. Es sei deshalb zu begrüßen, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit dem nationalen Strategieforum für Standardisierung und auch mit dem Förderprogramm „WIPANO – Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen“ zukunftsgerichtet richtige Schritte gehe.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, innovative Wettbewerber hätten den größten Einfluss auf die Normensetzung. Dem Antrag der AfD sei unter Hinweis auf eine Studie des Fraunhofer-Zentrums für Internationales Management und Wissensökonomie IMW und des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI zu entnehmen, dass Großunternehmen teilweise keine Notwendigkeit einer strategischen Priorisierung der Themen Normung und Standardisierung sehen würden, obwohl sie über die finanziellen und personellen Mittel verfügten. Nach Auffassung der Fraktion der FDP müsse hier angesetzt und Ursachenforschung betrieben werden. Es sei zu berücksichtigen, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht unbedingt ein Interesse an den Themen Normen und Standardisierung hätten, wenn sie sich als Zulieferer betätigen würden. Deshalb sei die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen an Normungsprozessen nicht ausschließlich eine finanzielle Frage.

Der **Wirtschaftsausschluss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/13233.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Sebastian Roloff
Berichtersteller

